

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 101 [i.e. 103] (2020)

Heft: 3: Korrekt : über den Umgang mit Minderheiten, Mehrheiten, Spinnern, unserer Sprache, Opfern, Tätern, Symbolen und Geschichte

Artikel: Wie diskriminierend ist die Schweiz?

Autor: Bucher, Sandro

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1091386>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie diskriminierend ist die Schweiz?

VON SANDRO BUCHER

Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus, die Abstimmung über ein neues Anti-Diskriminierungsgesetz, Debatten um den «Mohrenkopf»: Die Schweiz muss sich 2020 mit systematischer und struktureller Unterdrückung auseinandersetzen.

Mehr als jede zweite in der Schweiz lebende Person gibt an, aufgrund ihrer Nationalität in den letzten fünf Jahren diskriminiert worden zu sein. Mehr als jede vierte aufgrund ihrer Sprache oder ihres Akzents, rund jede fünfte wegen ihres Geschlechts oder ihrer beruflichen Position. Das berichtet das Bundesamt für Statistik.

Weiter zeigt eine Anfang Juli erschienene Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft ZHAW, dass rund die Hälfte aller Schweizer Jüdinnen und Juden in den letzten fünf Jahren in direkten Begegnungen oder online antisemitisch belästigt wurde und der Meinung ist, Antisemitismus stelle ein zunehmendes Problem dar. Und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR wurden im vergangenen Jahr 352 rassistische Vorfälle gemeldet – das entspricht einem Anstieg von 30 Prozent gegenüber 2018.

Das sind die offiziellen Zahlen. Expertinnen und Experten vermuten jedoch,



Foto: © AdobeStock pololia

dass diese mit einer noch viel höheren Dunkelziffer einhergehen.

Wie diskriminierend ist die Schweiz also wirklich? Und verschlimmert sich die Lage tatsächlich, wie die Zahlen vermuten lassen? Immerhin steht die öffentliche Diskriminierung von Personen und Personengruppen wegen ihrer «Rasse», Ethnie, Religion und neu auch sexuellen Orientierung hierzulande unter Freiheits- und Geldstrafe.

Hohe Dunkelziffer

Einer der Experten, der diese Zahlen nur als Spitze des Eisbergs sieht, ist Dominic Pugatsch, Direktor der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus*: «Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass grundsätzlich vor allem die schlimmsten Vorfälle gemeldet werden. Diskriminierung im Alltag, sei das in der Schule, auf der Arbeitsstelle, bei der Wohnungssuche, in den öffentli-

chen Verkehrsmitteln, im Internet ... Solche Vorfälle werden von den Betroffenen häufig nicht gemeldet, weil sie eben leider schon als alltäglich empfunden werden.»

Dies bestätigen auch Marianne Aeberhard, Geschäftsleiterin, und David Mühlemann, Jurist bei humanrights.ch: «Der Anteil an gemeldeten Vorfällen von Diskriminierung dürfte im Vergleich zur Dunkelziffer verschwindend klein

sein. Die Hürden und Risiken, denen man sich aussetzt, wenn man sich gegen eine rassistische Diskriminierung wehren will, schrecken viele Menschen davon ab, Vorfälle zu melden.» Der Anstieg könne also genauso gut auf das grössere Engagement und Sensibilisierungskampagnen der Beratungsstellen zurückzuführen sein. Zusätzlich seien sie auch ein Zeugnis für mehr Zivilcourage, ergänzt Pu-

gatsch: «Immer mehr Betroffene haben den Mut, die Diskriminierung, die sie erfahren, nicht mehr schweigend hinzunehmen. Sie wollen auf die Missstände aufmerksam machen.» Denn vielen Nicht-Betroffenen sei weiterhin nicht bewusst, dass Diskriminierung auch heute noch den Alltag vieler ihrer Mitmenschen bestimmt.

Wirkungslose Kontrollmechanismen

Woran liegt das? Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren schon länger, dass der Schweiz ein allgemeines Anti-Diskriminierungsgesetz fehle. Erst Ende März hat der Anti-Diskriminierungsausschuss des Europarats (ECRI) die Schweiz erneut für ein fehlendes, umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz gerügt – also wenige Wochen nach der erfolgreichen Abstimmung zum Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der dazugehörigen Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes.

«Ein allgemeines Anti-Diskriminierungsgesetz wäre eine fruchtbare Ergänzung zu dem spezialgesetzlichen Diskriminierungsschutz, wie wir ihn in der Schweiz kennen», sagen Aeberhard und Mühlemann. «Es darf nicht länger sein, dass beispielsweise ein Wirt unter dem Vorwand der Wirtschaftsfreiheit zwei küssende Männer aus dem Restaurant werfen darf.» Dazu gehöre aber auch, dass der Staat Diskriminierung, welche von ihm ausgeht, als solche anerkennt. «Erst wenn wichtige Schlüsselpersonen – sei es eine Führungsperson bei der Polizei, in einer Schule oder in der Politik – das Problem anerkennen, können effektive Massnahmen dagegen entwickelt werden.»

Verändertes Bewusstsein

Damit dieses Bewusstsein zumindest gesellschaftlich geschaffen wird, brauche es leider manchmal gewisse «Trigger-Events», sagt Pugatsch. Also beispielsweise Ereignisse wie den Todesfall von George Floyd, der Ende Mai im US-Bundesstaat Minnesota bei einer gewaltsamen Festnahme getötet wurde und dessen Tod grossflächige Proteste in weiten Teilen der Welt auslöste.

Auch in Zürich, Bern, Genf und vielen weiteren Schweizer Städten haben mehrere Tausend Menschen gegen Rassismus und Polizeigewalt demonstriert – die Debatten um das Abreissen von Statuen und Denkmälern mit diskriminierender Vergangenheit sowie Diskussionen um die Bezeichnung «Mohrenkopf» sind noch immer im Gange. Und dies trotz globaler Pandemie. Ist das also der Wendepunkt?

«Die Auseinandersetzung mit diesen Themen, die steigenden Zahlen Protestierender, all das zeigt, dass sich das Bewusstsein in den letzten Jahren definitiv verändert hat», sagt Pugatsch. «Bei den Menschen wurde ein Gedankenprozess ausgelöst. Sie stellen sich vermehrt die Frage, wie es den Minderheiten im Land geht, und sehen am Beispiel des Mohrenkopfs auch, dass Rassismus und Diskriminierung bereits bei der Sprache beginnen.»

«Die Schweiz soll ihre Vielfalt endlich anerkennen»

Die steigenden Teilnehmendenzahlen an den «Black Lives Matter»-Protesten in der Schweiz hätten auch sie nicht überrascht, sagt die Schweizer Historikerin und Rassismus-Expertin Christina Späti von der Universität Freiburg in einem Interview mit SRF News. Sie seien sogar absehbar gewesen. Späti begründet das damit, dass die Schweiz in den letzten Jahren viel diverser geworden sei, viele Leute hier aufge-

wachsen seien und das Gefühl hätten, dass sie eigentlich dazugehören müssten, «es sich dann jedoch oft zeigt, dass sie doch nicht dazugehören». Teilweise seien diese Proteste nun sicher ein Hype, doch es sei auch zu hoffen, dass es der Beginn einer Debatte in der Schweiz sei, sagt Späti weiter: «Eine wirkliche Debatte hat es hier bisher nämlich nicht gegeben.»

56 Prozent mit Migrationshintergrund

Als Kernproblem für die bisher ausbleibende Debatte und die Diskriminierung in der Schweiz sehen Aeberhard und Mühlemann von humanrights.ch die fehlende politische Mitbestimmung – mehr als ein Viertel der hierzulande lebenden erwachsenen Bevölkerung ist davon nämlich ausgeschlossen. «Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies absolut unhaltbar, die Schweiz war und ist schon immer geprägt von Migration und ist bezüglich ihrer Vielfalt ein europaweites Vorbild.» Tatsächlich haben beispielsweise 56 Prozent aller Kinder von 0 bis 6 Jahren in der Schweiz einen Elternteil mit Migrationshintergrund. «Wir sprechen hier also nicht mehr von einer Minderheit, sondern von Mehrheiten. Die Schweiz sollte diese Vielfalt endlich anerkennen», sagen Aeberhard und Mühlemann.

Pugatsch ist überzeugt, dass sich die Problematik der fehlenden Debatte nun ändern wird. «Gerade die jüngeren Generationen wachsen diverser auf, sind sehr an Themen wie Rassismus und Antisemitismus interessiert, und es wird auch viel offener über Diskriminierung und Mobbing gesprochen.»

Deswegen sei es wichtig, Kinder bereits früh für diese Themen zu sensibilisieren. «Wie man miteinander umgeht und spricht, muss fester Bestandteil in den Schulen werden. Und eben auch, dass alle Formen der Diskriminierung bereits bei der Sprache anfangen, sei das bei der Hautfarbe, der Sexualität

oder bei Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung.»

Selbstreflexion, Bildung, Sensibilisierung

Diskriminierung hat viele Gesichter, von denen aktuell Rassismus die öffentliche Debatte dominiert. Wie aber steht es um andere Formen der Unterdrückung in der Schweiz? Beispielsweise um Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Geschlechterdiskriminierung, Altersdiskriminierung oder um die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung?

«Es ist ein stetiger Prozess, eine gesellschaftliche Entwicklung. Und einiges hat sich im Vergleich zu früher schon geändert», sagt Pugatsch. «Viele diskriminierende Bezeichnungen, die vor einigen Jahren noch gang und gäbe waren, sind bereits heute nicht mehr Teil unseres alltäglichen Sprachgebrauchs.» Wichtig sei, stets dranzubleiben und nicht zu schweigen. «Letztlich geht es bei allen Formen der Diskriminierung darum, das Phänomen zu erkennen und sich dann zu fragen, wie ich verantwortungsvoll damit umgehe. Zentral sind Selbstreflexion, Bildung und Sensibilisierung.»

Aeberhard und Mühlemann ergänzen die gesellschaftliche Teilhabe und Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen. «Es muss eine Gesellschaft angestrebt werden, in welcher Differenz und Vielfalt zur neuen Normalität werden. Eine bessere Repräsentation von Schwarzen, Menschen mit Behinderungen oder muslimischen Frauen mit Kopftuch würde dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und diskriminierende Übergriffe zu verhindern.» Das System werde sich allerdings nicht selber reformieren, es brauche hierzu weiterhin ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement. ■

*Dominic Pugatsch hat die Geschäftsführung der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus auf den 1. August abgegeben. Das Interview mit ihm wurde am 27. Juli geführt.